

Berliner CDU spielt mit dem Feuer

Am Ende dieser Woche würde ich keine Wette mehr eingehen, die besagt, dass erst im September 2016 Neuwahlen in Berlin stattfinden. Die Große Koalition reitet gegenwärtig auf einer Rasierklinge. Die CDU spielt mit dem Feuer. Was wäre passiert, wenn CDU-Chef Frank Henkel dem Bundesrats-Entschließungsantrag zur „Ehe für alle“ zugestimmt hätte? Nichts. Bis auf Cornelia Seibeld, die eine der rückwärtsgewandteste Reden aller Zeiten im Abgeordnetenhaus am Donnerstag hielt, wäre kein anderes CDU-Mitglied ausgetreten. Auch Frau Seibeld wäre sicherlich nicht aus-, sondern zur CSU umgetreten. Denn dort, ins finsterste Bayern passt sie hin mit ihren ur-konservativen Ansichten.

Die am Freitag mehrheitlich beschlossene Entschließung hat (vorerst) keine Auswirkungen. Ob sich der Bundestag überhaupt damit intensiv beschäftigen wird und wann, ist fraglich. Mit der CDU/CSU-Fraktion ist derzeit kein Gesetz zur „Ehe für alle“ durchzusetzen. Und die Bundes-SPD ist darüber so unfroh nicht, denn sie müsste aus Koalitionstreue gegen das Gesetz stimmen. Eine Freigabe bei der Abstimmung aus Gewissensgründen, würde die Kanzlerin verhindern. In Berlin hatte die SPD das gleiche Problem. Koalitionstreue oder Bruch. An Verträge muss man sich halten, und der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU ist eindeutig. Kommt man auf keinen gemeinsamen Nenner, erfolgt im Bundesrat die Enthaltung.

Der Regierende Bürgermeister hatte überhaupt keine andere Möglichkeit, als sich am Freitag im Bundesrat zu enthalten. Völlig unverständlich sind die Berichte und Kommentare in den Medien, die Müller unumwunden vorwerfen, kein Rückgrat bewiesen zu haben. Lediglich die Berliner Zeitung verzichtet darauf, Müller mit Vorwürfen zu überziehen. Wie sähe das Medienecho denn aus, wenn Müller die Koalition hätte platzen lassen? Niemand hätte dafür Verständnis aufgebracht, denn bei aller Wertschätzung derer, die von der so genannten „Homo-Ehe“ profitiert hätten, ist die große Mehrheit der Bevölkerung hetero. Das Thema einer gleichgeschlechtlichen, juristisch der Ehe voll gleichgestellten Partnerschaft, befindet sich nicht unter den Top Ten der wichtigen Themen in dieser Stadt und in diesem Land.

Dass Michael Müller nun gerade aus der schwullesbischen Community heraus beschimpft wird, ist

eine bodenlose Unverschämtheit. Müller nahezulegen, auf eine Teilnahme am CSD am 27. Juni zu verzichten, ist ungeheuerlich. Dankenswerter Weise hat der Vorstand des CSD e.V. dazu eine andere Haltung:

„Wir sind enttäuscht über das heutige Abstimmungsverhalten des Landes Berlin zum Thema ‚Ehe für alle‘ im Bundesrat. **Wir finden die Haltung der Berliner CDU erbärmlich.**“

Respekt zollen wir jedoch der kämpferischen Rede für LSBTI*-Menschenrechte, die Michael Müller am Donnerstag vor dem Abgeordnetenhaus gehalten hat. Wir empfinden diese Rede als klare Unterstützung unserer Forderungen und freuen uns darauf, die CSD-Demo von einem Regierenden Bürgermeister eröffnen zu lassen, der sich so eindeutig für die vollständige Gleichstellung positioniert.

Da das positive Abstimmungsergebnis klar abzusehen war, kam es auf die Stimmen der CDU-geplagten Länder glücklicherweise nicht an. Daher freuen wir uns vor allem – und das ist das Wichtigste – über das klare JA im Bundesrat für die ‚Ehe für alle!‘“

Auf dem Berliner CDU-Parteitag am heutigen 13. Juni stand das Thema gleich auf der ersten Manuskriptseite der Rede von Frank Henkel. „Vergangene Woche haben wir uns in einer wichtigen gesellschaftspolitischen Frage auf ein Verfahren verständigt, mit dem wir erneut bundesweiter Vorreiter innerhalb der CDU sind. Nämlich bei der Frage, wie wir als Partei zu einer Eheöffnung für homosexuelle Paare stehen...Ich habe dazu einer Zeitung gesagt, dass es gute Argumente gibt, die grundgesetzlich besonders geschützte Ehe von Mann und Frau weiter zu privilegieren.“ Bei der CDU geht es bei diesem Thema nur um Verfahrensfragen, über Inhalte hört man kein Wort, erst recht nicht vom CDU-Vorsitzenden Frank Henkel.

In der Berliner Zeitung vom 13. Juni ist zu lesen: „Inzwischen befürwortet er (Henkel) dem Vernehmen nach zwar die Ehe für alle. Doch womöglich scheut er davor zurück, sich öffentlich dafür auszusprechen. Falls die Basis nämlich eine Gleichstellung ablehnt, sei er als Parteivorsitzender nicht mehr tragbar, hieß es. Und da ist ja noch die Sache mit der selbst verordneten Zurückhaltung, um die Mitglieder nicht zu beeinflussen.“ Was ist das denn für ein Quatsch. Als Parteimitglied erwarte ich, dass der Vorsitzende eine Meinung hat. Ob ich mich dieser anschließe oder nicht, kann ich immer noch selbst entscheiden. Ich würde es doch aber dem Vorsit-

zenden als guter Demokrat nicht übel nehmen, wenn er eine andere als meine Meinung hätte.

Die Mitgliederbefragung kann bei der CDU noch zu einem großen Problem werden. Die CDU ist nicht gerade bekannt dafür, ein großer Freund von Mitgliederbefragungen zu sein. Gegenwärtig weiß man nicht einmal, welche Fragen man stellen will. Und wie soll verfahren werden? Briefwahl? Urnengang? Und was, wenn sich die Mehrheit für die Ehe für alle ausspricht? Wird dann noch einmal im Bundesrat abgestimmt? Die Mitgliederbefragung ist völlig überflüssig, denn das Thema ist im Bundesrat erst einmal durch.

Die SPD habe, so Henkel in seiner wahlkämpferischen Rede auf dem Parteitag, „über Tage ihre Verlässlichkeit und Vertragstreue in Frage gestellt.“ „Ohne Not“ sei „eine politische Kraftprobe inszeniert“ worden. Die SPD habe die Ehe für alle zu einer „Schicksalsfrage aufgebauscht“. So richtig scheint Frank Henkel nicht im Film zu sein. Im Gegensatz zur CDU hat die SPD seit Langem eine Meinung zu dieser Frage. Die CDU hätte sich längst eine bilden können, denn die Entschließung im Bundesrat erfolgte nicht über Nacht. Und Frank Henkel übersieht, dass dieses Thema vor allem durch die Medien aufgebauscht wurde.

In seiner Rede betreibt Henkel noch weiter SPD-Bashing. Während Jan Stöß auf dem zeitgleich stattfindenden Parteitag der SPD Grüße an den Koalitionspartner sendet und sich ansonsten mit Kritik an der CDU zurückhält, zündelt Henkel am Verhältnis von Müller-Stöß-Saleh. Der Landesvorsitzende würde den Regierenden Bürgermeister vor sich her treiben und der Fraktionsvorsitzende sähe genüsslich zu. Stöß macht im Augenblick das einzig Richtige: er hält sich weitestgehend zurück und sagt öffentlich nur Gutes über Michael Müller. Saleh ist da zugegebenermaßen etwas forscher, er erzählt schon mal Journalisten, dass er Müller mal wieder das Gesäß gerettet habe, was dem Regierenden Bürgermeister gar nicht aufgefallen ist, vermutlich, weil es nicht passierte.

Und dass sich ausgerechnet Frank Henkel, der oft gar nicht wusste, was im BER-Aufsichtsrat überhaupt geschieht, darüber aufregt, dass es in der Frage des Vorsitzes mal ein Nein und dann doch ein Ja des Regierenden Bürgermeisters gab, ist absurd. Die CDU hat sich, wenn es um Verantwortung für den BER ging, immer vornehm zurückgehalten. Während der ganzen Eröffnungsproblematik wusste

kein Außenstehender, dass Henkel überhaupt dem Gremium angehört.

Und wenn Henkel letztlich noch das „Politikverständnis“ der SPD in Frage stellt, kann ich nur einen alten Kumpel von mir zitieren, der bei solchen Gelegenheiten immer sagte: „Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht im Keller bumsen!“

In Henkels Rede kriegen auch die Grünen ihr Fett weg, man fragt sich, mit wem die CDU nach der nächsten Wahl, wann immer sie kommt, überhaupt noch koalieren kann. Die SPD scheidet aus. Und die Grünen dürften auch wenig Freude an den Schwarzen haben.

Wie eingangs erwähnt: Dass die nächste Wahl erst im September 2016 stattfindet, ist seit dieser Woche nicht mehr sicher. Na und!?

Henkel wurde auf dem Parteitag natürlich in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. 90,9% - vor zwei Jahren waren es nur 83,7%. „Wir wollen, dass Frank Henkel der nächste Regierende Bürgermeister von Berlin wird“, sagte der ebenfalls wiedergewählte Generalsekretär Kai Wegner und erhielt dafür magere 80 Prozent. *Quelle Die Welt.*



„Du machst einen klasse Job!“, rief Frank-Walter Steinmeier Michael Müller zu. Steinmeier war der Gastredner des SPD-Parteitages. Der Außenminister sprach in seiner Rede die großen Probleme der Zeit an, bewertete aber auch die gegenwärtige Politik der Großen Koalition auf Bundesebene. Da gäbe es Licht und Schatten. Das Licht sieht er vornehmlich bei den SPD-Initiativen und die Schatten bei den anderen. Es gibt offenbar keine Verschnaufpausen mehr zwischen den Wahlen – Wahlkampf ist immer.

Ed Koch

Foto: Chris Landmann